

II—1566 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des NationalratesXIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 817 /J

1976 -11- 30

A n f r a g e

-----

der Abgeordneten Dr. BUSEK

und Genossen

an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung  
betreffend Praxis bei der Vergabe von Stipendien aus  
dem Härtefonds

Immer stärker zeigen sich die unsozialen Auswirkungen der Sparpolitik des Wissenschaftsministeriums. Die letzte Erhöhung der Studienförderungssätze wurde im März 1974 durchgeführt. Seither sind die Studienbeihilfen gleichgeblieben, während die Geldentwertung ca. 18% betragen hat. Um Studenten, die in eine Notsituation geraten sind, eine Überbrückungshilfe zu geben, wurde ein Härtefonds eingerichtet, der aber ohne Richtlinien arbeitet und bisher den bescheidenen Betrag von S 300.000,- ausgeschüttet hat.

Die Praxis des Ministeriums bei der Vergabe solcher Mittel aus dem Härtefonds ist mehr als bedenklich. So hatte eine Studentin des Geographischen Institutes der Universität Wien, die an einer Dissertation arbeitet und vom Institutsvorstand als außerordentlich förderungswürdig bezeichnet wurde, am 19.3.1976 ein Gesuch um finanzielle Unterstützung zur Beendigung ihrer Dissertation an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gerichtet. Die Gesuchstellerin hatte zu diesem Zeitpunkt ein eigenes Einkommen von s 1608,- netto monatlich, 9 mal im Jahr und erhält von der verwitweten Mutter keine Unterstützung.

Der Studentin war es unmöglich eine weitere berufliche Tätigkeit neben der Funktion als Heimleiterin in einem Studentenheim aufzunehmen, da sich sonst der Abschluß des Studiums noch weiter verzögert hätte. Zur Durchführung ihrer Forschungsarbeiten im Rahmen der Dissertation hätte sie mindestens 3 Monate mit intensiver Arbeit im Untersuchungsgebiet verbringen müssen. Dies war ihr weder während des Jahres möglich, da sie als Heimleiterin unabkömmlich war, noch in den semesterfreien Sommermonaten, da sie in dieser Zeit einem Gelderwerb nachgehen muß.

Obwohl bei dieser als außerordentlich förderungswürdig bezeichneten Studentin offensichtlich alle Voraussetzungen für die Gewährung eines Stipendiums aus dem Härtefonds vorlagen, wurde dieses Gesuch mit Schreiben vom 15.10.1976 ohne Begründung abgelehnt. Seit dem Ansuchen waren also 7 Monate vergangen.

Angesichts dieser Praxis des Ministeriums erhebt sich die Frage nach welchen Richtlinien die Stipendien aus dem Härtefonds vergeben werden. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

#### A n f r a g e :

1. Welche Gründe waren in dem oben genannten Fall maßgeblich für die Ablehnung des Gesuches?
2. Welche Gründe waren in dem oben genannten Fall maßgeblich für die lange Verzögerung in der Bearbeitung des Gesuches?
3. Nach welchen Richtlinien werden Mittel aus dem Härtefonds vergeben?
4. Wie viele Bundesmittel sind 1976 für den Härtefonds vorgesehen?
5. Wie hoch ist die Gesamtsumme der bisher vergebenen Mittel aus dem Härtefonds?